

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Morinplan, Nr. 15190-15197.

Freitag, den 24. September 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Morinplan, Nr. 11733-34.

Der Kampf um Groß-Berlin.

Der Ausschuss Groß-Berlin der Preussischen Landesversammlung beriet über die zum Gesetzentwurf Groß-Berlin eingebrachten Abänderungsanträge. Der deutschnationale Abgeordnete Lüdecke verlangte von der Staatsregierung, daß sie den Oberpräsidenten antworte, vorläufig den gewählten Magistratsmitgliedern die Befähigung zu versagen, bis die Beratungen über die Abänderung des Gesetzes erledigt sind. Staatssekretär Freund hielt das für selbstverständlich und wieder darauf hin, daß ja ein Vertreter des Oberpräsidiums den Ausschussverhandlungen beizuhören.

Von sozialdemokratischer Seite wurden dagegen Bedenken geäußert. Aller Voraussicht nach werde man mit den Beratungen bis zum 1. Oktober nicht zu Ende kommen. Dann würde der Fall eintreten, daß in der neuen Stadt kein Magistrat, keine Instanz vorhanden ist, die die Geschäfte führen kann. Die Verantwortung dafür lehnten die Sozialdemokraten ab. Durch die eingebrachten Abänderungsanträge sei im übrigen eine ganz neue Lage geschaffen, so daß der Ausschuss seine Beratungen vertagen müsse.

In der Abstimmung wurde der deutschnationale Antrag, der die Ausführung des Gesetzes auf unbestimmte Zeit aussetzen wollte, mit 12 gegen 5 Stimmen der Rechtsparteien abgelehnt. Das Zentrum enthielt sich seiner Stimmen. Abgelehnt wurde auch der Abänderungsantrag der Deutschen Volkspartei, der das Gesetz erst am 1. April 1921 in Kraft treten lassen wollte.

Sodann entspann sich eine Debatte über die Zusammenfassung des Magistrats, namentlich über einen Antrag des Abg. Leid (N. Sos.), der verlangte, daß dem Magistrat mindestens 3 oder 5 oder 10 unbefähigte Stadträte angehören müssen. Diese Vorschläge wurden jedoch sämtlich abgelehnt. Annahmefähig dagegen ein Zentrumsantrag, nach welchem der Magistrat aus mindestens 30 Mitgliedern besteht, von denen mindestens 12 unbefähigt sein müssen. Gegen diesen Antrag stimmten nur die Sozialdemokraten, während der Vertreter der Unabhängigen dafür war.

Die Gewerkschaftsinternationale wehrt sich.

Die Spaltungs- und Zerstörungssaktion der Dritten Internationale gegen die Gewerkschaften, die auf dem Moskauer Kongress beschlossen wurde, ist mit der Veröffentlichung eines ellenlangen Aufsatzes in mehreren kommunistischen Blättern Europas eingeleitet worden, der die Unterschrift trägt: „Der Internationale Rat der Fachverbände“.

In diesem Aufruf treten alle bekannten Anflieger der Linksradikalen gegen die „gelbe“, „chauvinistische“, „verräterische“ Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale auf den Plan, die jedem, der einmal das zweifelhafte Vergnügen gehabt hat, die „rote Fahne“ auch nur drei Tage hintereinander zu lesen, zum Halse herauszuhängen. Schon aus diesem Grunde würden wir, auch bei besseren Raumverhältnissen, uns und unseren Lesern den Abdruck dieses Aufrufes des „Internationalen Rates der Fachverbände“ ersparen, den uns das Amsterdamer Bureau der Internationalen Gewerkschaftsbundes einfindet. Wir begnügen uns mit der Veröffentlichung der Antwort des Gewerkschaftsbundes:

Es liegt für den Internationalen Gewerkschaftsbund kein Anlaß vor, sich gegen diese unzulässigen Angriffe zu verteidigen, die von etlichen Personen ausgehen, die nicht einmal den Mut aufbringen, ihren Namen darunterzusetzen.

Immerhin soll darauf hingewiesen werden, daß dieser sogenannte „Internationale Rat der Fachverbände“ in Wirklichkeit nicht besteht. Er vertritt niemanden; er ist nichts als Schwindel und Bluff. Das geht schon aus der Annahme hervor, im Namen der Gewerkschaften Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und Spaniens zu sprechen. In Wahrheit sind die Gewerkschaften dieser Länder ebenso wie die von 38 anderen Ländern dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen.

Die anonymen Verfasser dieses Manifestes sind entweder bewußte Lügner oder armselige Ignoranten, die von den Grundrissen, der Tätigkeit und den Zielen des Internationalen Gewerkschaftsbundes keine Ahnung haben.

Die Verschuldigung der Abhängigkeit vom Völkerbund und vom Internationalen Arbeitsamt liefert dafür den Beweis. Der Internationale Gewerkschaftsbund hat seine Unabhängigkeit gegenüber beiden Überwachungsinstanzen streng gewahrt und er hat sich wenn dies nötig war, gegen ihn gewendet, und er wird es auch weiter tun, wenn das Interesse der Arbeiter es erfordert.

Die Verschuldigung, daß der Internationale Gewerkschaftsbund machtlos und eine Organisation von Geistes- und Vertriebenen sei, wird widerlegt durch alles, was der Bund seit den wenigen Monaten seines Bestandes getan hat.

In Washington hat der Internationale Gewerkschaftsbund den Völkerbund verpflichtet, dem deutschen und österreichi-

sehen Volke dieselben Rechte zuzusprechen, die sich die Arbeiter der anderen Länder erkämpft hatten.

Als die österreichischen Arbeiter vor Hunger umkamen, hat der Gewerkschaftsbund für Nahrung gesorgt und ihnen geholfen, ihre Organisation und ihre industrielle Kraft zu erhalten.

Als der weiße Schrecken Ungarn zu Boden warf, war es wieder der Internationale Gewerkschaftsbund, der dagegen einschritt und den Boykott über dieses Land verhängte. Und als infolge der Situation zwischen Polen und Rußland neuerlich ein Krieg über die Welt hereinzubrechen drohte, war es gleichfalls der Internationale Gewerkschaftsbund und die ihm angeschlossenen Organisationen, die den Transport von Waffen und anderem Kriegsmaterial verhinderten.

Einig der Internationale Gewerkschaftsbund hat Taten aufzuweisen, während seine Kritiker sich damit begnügen, Manifeste herauszugeben und sogenannte revolutionäre „Aufrufe“ zu halten.

Der Internationale Gewerkschaftsbund wird auch in Zukunft bleiben, was er in der Vergangenheit war. Er hat keine Instruktionen zu empfangen, weder von rechts noch von links. Er wird sich jeder Diktatur widersetzen, komme sie nun von Moskau oder sonstwo. Er hat nur ein Ziel: die Befreiung der Arbeiter vom Joch ihrer Unterdrücker — ihrer politischen ebenso wie ihrer wirtschaftlichen. Der Internationale Gewerkschaftsbund wird der Moskauer Tendenz, die Arbeiter um politischer Zwecke willen zu entzweien, den proletarischen alten Schlächtern entgegenstellen:

„Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes:

- W. A. Appleton, Vorsitzender,
- J. Jouhaux, I. Bizeborf, G. Meriand, 2. Bizeborf,
- Edo Jimmen, J. Dudgeest, Sekretäre.

Ungarische Verfeuchung Oesterreichs.

Wien, 24. September. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Da die ersten Enthüllungen der „Arbeiterzeitung“ über die Verfeuchung antisemitischer Heßblätter und monarchischer Inserate in Oesterreich durch die ungarische Regierung von der Ortho-Gesandtschaft bestritten worden waren, hat die „Arbeiterzeitung“ Photographien der Dokumente veröffentlicht. Heute druckt sie den Brief einer christlichsozialen Zeitungs-Korrespondenz an die Presseabteilung der ungarischen Gesandtschaft in Wien ab; der Brief bittet um Erhellung der bisher gewährten monatlichen Beihilfe von 250 auf 500 Kronen mit der Begründung, daß die Korrespondenz-Artikel und Notizen in der ganzen bürgerlichen Provinzpresse verbreitet, die Ungarn nützen und die Refer für die Wiederherstellung der Monarchie zu gewinnen suchen. In einem weiter von der „Arbeiterzeitung“ veröffentlichten Schreiben macht das Ministerium in Budapest die Gesandtschaft in Wien darauf aufmerksam, daß das antisemitische Schmutzblätterchen „Sollsturm“ und das schwarze Offiziersorgan „Staatswehr“ mit großen Schwierigkeiten zu lämpfen haben, wie ein österreichischer Oberst in Budapest berichtet habe. Es sei ein wichtiges Interesse, den heutigen ungarischen Kurs durch materielle Hilfe für diese Blätter zu unterstützen, jedoch solle das nicht durch direkte Geldbeträge, sondern durch Abonnements geschehen.

In dem ungarischen Militärlager von Sala-Egherzges ist aus übergelassenen und verlassenen österreichischen Offizieren und Soldaten eine deutschösterreichische Legion errichtet, die zu gegebener Zeit Deutschösterreich von der Republik befreien und die Monarchie nach dem System Horthy wieder aufrichten soll. Offenbar zur Einübung der erforderlichen Methoden befindet sich in der Nachbarschaft ein politisches Interniertenlager. An der deutschösterreichischen Grenze hat Horthy eine ganze Armee zu Manövern zusammengezogen. Sein General Lang reißt nach Paris, um die Ausrüstung und Bewaffnung für die ungarische Armee auszusuchen. Diese dürfte gegen hunderttausend Mann stark sein, während das Friedensbudget Ungarn nur 40 000 Mann zuläßt, und Deutschösterreich auf seine 20 000 Mann nicht nur beschränkt, sondern außerdem noch der schärfsten Kontrolle unterworfen wird.

Aber ein französisch-ungarischer Geheimvertrag besteht natürlich nicht!

Arbeiterfriede in Italien.

London, 24. September. (H.) Die „Times“ vernehmen aus Turin: Die Arbeiter der beschriebenen Fabriken stimmten gestern über die Annahme oder Ablehnung des mit der Regierung geschlossenen Vergleiches ab. Die Abstimmung ergab, daß 334 Fabriken für und 17 gegen die Annahme waren.

Alexander Millerand.

Von J. Steiner-Julien.

Die französische Nationalversammlung — Kammer und Senat in gemeinsamer Sitzung — hat Herrn Alexander Millerand für sieben Jahre zum Präsidenten der Republik gewählt. Wenn man von einem politischen Ereignis hier sprechen kann, so doch nur von einem Ereignis, das von nicht sonderlicher Bedeutung ist. Die Rolle des Präsidenten der Französischen Republik ist noch bescheidener als die des Königs von England. Die Wahl Millerands hat jedoch insofern eine größere Bedeutung, als sie zum erstenmal in der dritten Republik auf Grund eines ausführlichen politischen Programms erfolgte, mit dem der neue Präsident regieren zu wollen vor seiner Wahl angekündigt hat.

Die Neuerung ist nicht zu übersehen. Bisher waren es in Frankreich die Regierungen, die nach ihrer Konstituierung ein Programm ausarbeiteten und es dem Parlament zur Billigung unterbreiteten. Künftig sind die Regierungen und die Kammern gebunden, das Programm Millerands auszuführen. Dadurch gewinnt die Stellung des Präsidenten ganz außerordentlich an Bedeutung. Und bei den Kammerwahlen, die in drei Jahren stattfinden werden, wird auch das französische Volk nicht anders können, als über das Programm Millerand abzustimmen.

Wir müssen uns also etwas näher mit Herrn Millerand und seinem Programm beschäftigen. Der Politiker Millerand ist seit 1898, als er, der Sozialist, mit Gollinet, dem Schlichter der Kommune, in das republikanische Konzentrationsministerium trat, das Waldeck-Rousseau bildete, eine so bekannte Persönlichkeit, daß man föhlig sich ersparen kann, seine Biographie zu schreiben. Vom juristischen Berait der Eisenbahngewerkschaft hat es Herr Millerand zum juristischen Berater großer Kapitalgesellschaften gebracht, worunter sich sehr wohl Eisenbahngesellschaften befinden können. Ob das gerade ein Aufstieg ist, darüber darf man verschiedene Meinungen sein. Jedenfalls spricht diese Tatsache für die Befähigung Millerands als Advokat. Derselbe Millerand, der 1896 die Ehre hatte, das gemeinsame Aktionsprogramm der damals noch — und bald wieder — nicht geeinigten Sozialisten zu veröffentlichen, hat jetzt als Präsident der Republik das Aktionsprogramm der Bourgeoisie aufgestellt.

Während dieses Viertelhundert hat Millerand mit wechselndem Geschick und Glück eine nicht unerhebliche Rolle in der Geschichte Frankreichs gespielt. Es kommt ihm zweifellos das Verdienst zu, die Sozialpolitik seines Landes modernisiert und in neue Bahnen gelenkt zu haben. Es ist ein Geseh Millerand, das 1900 in Frankreich den Lebens- und denktag für alle Betriebe, wo Frauen und Jugendliche beschäftigt sind, eingeführt hat. Wir sind ja heute darüber längst hinaus, aber damals war es, besonders für Frankreich, ein gewaltiger Fortschritt.

Wenn man von Millerand spricht, denkt man unwillkürlich an Briand und Viviani. Es charakterisiert die drei, wenn man sagt, daß die hauptsächlichste Reform, die mit Millerands Ministerkabinett verbunden, der Zehnstundentag ist. Briand seinen Namen mit der Trennung von Staat und Kirche verknüpft hat, während man auf Rechnung Vivianis nur — Reden setzen kann. Und doch hat Millerand damit geendet — denn höher geht es nicht mehr —, der Präsident des nationalen Blocks zu sein, und unter dem Ministerium des ehemaligen juristischen Beraters der Eisenbahngewerkschaft ist die juristische Aktion zur Auflösung des französischen Gewerkschaftsbundes und der Beamten-Gewerkschaften unternommen worden.

Doch kommen wir zu dem Programm Millerands, nicht dem von St. Mandé von 1896, sondern dem von 1920. Uns interessiert hier besonders der erste Punkt: die Ausführung des Vertrages von Versailles. Millerand begnügt sich nicht, in sein Programm die Ausführung des unausführbaren Vertrages von Versailles an erster Stelle aufzunehmen, er verpflichtet sogar die vollständige (integrale) Ausführung des Vertrages.

Gewiß kann jemand, der Präsident der französischen Republik werden will, nicht anders reden, wenn er es nun einmal für notwendig hält, von der Tradition abzuweichen und ein eigenes Programm aufzustellen. Wir wissen auch, und seit der Verkündigung des Programms von St. Mandé weiß es jeder Franzose, daß ein Programm wohl große Worte enthalten kann, ohne deshalb wörtlich genommen zu werden. Als Millerand von Spa zurückkam, sagte er in der Volksmilch, die sich zwischen Lardien, Doudeur und ihm entwickelte, ziemlich unverblümt, daß der Vertrag von Versailles unausführbar ist. Man braucht also kein Programm in diesem Sinne nicht tragisch nehmen. Nichtsdestoweniger kann man sicher sein, daß Millerand sich mit seiner massiven Parteilichkeit einer Revision des Vertrages von Versailles widersetzen wird.

Es ist eine der Eigenschaften des neuen Präsidenten der Französischen Republik, daß er auch eine schlechte Sache mit

Gartnäckigkeit verteidigt. Und dazu muß man seine Bemühungen rechnen, militärische Bündnisse abzuschließen. So ist es ihm gelungen, mit Belgien ein Bündnis zu schließen. Man kann sicher sein, daß er niemals den Kampf gegen Sowjetrußland aufgeben wird. Nicht deshalb, weil die Sowjetregierung keine demokratische Regierung nach dem Muster der Westmächte ist. Millerand ist frei von solchen ideologischen Anwandlungen. Er bekämpft Sowjetrußland, weil er die Erneuerung des Bündnisses mit Rußland erstrebt. Und deshalb unterstützt er jetzt wohl Polen, ohne jedoch ein Bündnis mit ihm abzuschließen. In dieser Sucht nach Bündnissen erinnert Millerand stark an die Politik Bismarcks nach 1871. Millerand, der kein Deutscherhasser ist, würde, wenn es ginge, selbst mit Deutschland ein Bündnis schließen. —

Arme irreführte Arbeiter!

Das Schicksal der etwa achtzig nach Rußland ausgewanderten deutschen Arbeiter hat in der deutschen sozialistischen Presse und Literatur eine eigentümliche Behandlung erfahren. Man sollte annehmen, daß jeder Sozialist, gleichgültig in welchem Lager er steht, vom rein menschlichen Gesichtspunkte aus tiefes Mitleid mit den durch falsche Ratschläge verführten deutschen Proletariats empfinden hätte. Doch weit gefehlt! Gaben wir vor einiger Zeit schon aus der „Roten Fahne“ Beispiele von Spott und Verachtung für die gutgläubigen Auswanderer, die doch nur ein Opfer jener demagogischen Phrasen geworden waren, so sieht Julian Borchardt in seinen kommunistischen „Lichtstrahlen“ der unterhüllten Verhöhnung der Arbeiter die Krone auf. Ueber den Dittmannschen, seinerzeit von uns ausführlich behandelten Aufsatz „Mit zur Wahrheit“ schreibt er:

Was ist zu diesem Aufsatz zu sagen? Wir können nicht nachprüfen, ob sein Inhalt der Wahrheit entspricht. Aber wir nehmen das an (trotzdem also die folgenden Ausführungen! Red. d. „Roten Fahne“). denn er enthält über die Zustände in Rußland nichts, was sich nicht jeder halbwegs intelligente Mensch schon vorher an den fünf Fingern abzählen konnte. Daß die Russen noch unsäglich schwer zu leiden, zu kämpfen und zu arbeiten haben, das ist schließlich selbstverständlich. Nur ein Narr oder ein bis zur Blindheit selbstsüchtiger Egoist konnte etwas anderes erwarten. Und wenn deutsche Arbeiter wirklich hinübergegangen sind zu dem Zwang, sich dort in ein warmes Nest zu setzen, so sind sie schlimmer als Egoisten. Die Russen können noch auf lange Zeit hinaus vom Auslande nur solche Arbeiter brauchen, die ihnen bestimmte Qualitäten bringen, an denen sie Mangel haben. Wer heute nach Rußland geht, darf das nur tun in der bestimmten Absicht, den dortigen Revolutionären zu helfen, mit ihnen zu arbeiten, zu kämpfen, zu leiden und zu hungern, mit einem Wort: teilzunehmen an dem heroischen Werke, in dem sie begriffen sind. Wer das nicht will, der habe gefälligst fern. Die Idee aber, daß die Russen ja nun ihre Revolution gemacht haben, und daß es angenehm und bequem sei hinzugehen und die Vorteile der Revolution persönlich einzubeziehen und sich auf diese Weise zugleich von der Revolution in Deutschland zu befreien — es widersteht uns, diese Idee so zu bezeichnen, wie sie es verdient.

Das Sprichwort: „Der den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen.“ sollte man gerade deutschen Arbeitern gegenüber nicht anwenden, wenn man nur eine Spur proletarischen Gemeinschaftsgefühls besitzt. So kann man nur zu jenen verhöhlten Arbeitern das in vollem Ernste sagen, was Borchardt mit heftigem Gohn äußert: Arme, irreführte deutsche Arbeiter!

Verlegenheitsgestammel.

In der „Freiheit“ veröffentlicht Adolph Hoffmann in eigenem Namen, da seine Freunde Däumig, Stoedter und Roenen sich „seines Wissens sämtlich auf Agitation befinden“, eine langatmige Erklärung, in der er zu begründen sucht, weshalb der bekannte Spaltungsauftrag nicht in der „Freiheit“, sondern in der „Roten Fahne“ zum Abdruck kam. Um die Versendung

habe er sich nicht gekümmert, so sagt er sorglos, während man doch annehmen sollte, daß bei der Versendung eines derartigen Schriftstückes allerhand Sorgfalt aufgewendet werden müßte. Dann schildert er den „einfachen Tatbestand“, wozu die „Freiheit“ lakonisch bemerkt, daß ebenjener wie ihr selbst die „Leipziger Volkszeitung“ der Aufsatz zugegangen sei. Und das war wohl, trotz wohlthätiger Gegenüberstellungen, der Wille der Abgeber. Die „Parteiengenossen“ der U.S.P. handeln wirklich „parteiengünstig“ gegeneinander!

Die Stellung der Organisationen.

Nach zwei Versammlungen der Unabhängigen in Rassel wurde eine Resolution angenommen, die den Anschluß der U.S.P. an die Dritte Internationale fordert. — Aus Frankfurt a. M. ist nachzutragen, daß die Versammlung der Unabhängigen nach Referaten von Däumig und Crispian, in denen sich Däumig offen für eine Spaltung der Partei ausgesprochen hatte, mit 620 gegen 475 Stimmen den Anschluß an Moskau forderte; ebenso entschied sich eine außerordentliche Kreisgeneralversammlung der Unabhängigen in Höchst-Homburg-Uffingen. — Nach lebhafter Diskussion wurde von den Unabhängigen Sangerhausens nochmalige Verhandlung mit dem Moskauer Exekutivkomitee gefordert. — Abgelehnt wurde der Anschluß an Moskau von der Mitgliederversammlung der U.S.P. in Scheudich bei Halle, während der siebente Berliner Distrikt von einer entscheidenden Resolution über die Frage der Internationale Abstand nahm.

Die Spaltung vollzogen!

Unter den Organisationsankündigungen der „Freiheit“ finden wir eine kleine Notiz, die die Situation innerhalb der U.S.P. besser kennzeichnet als lange Leitartikel. Sie lautet:

8. Distrikt. Heute abend, Handzettelverbreitung zur Distrikts-Generalversammlung. — Sonntag, vormittags 10 Uhr, Distrikts-Generalversammlung in der Viehhofsbörse. — Sonnabend, abends 7 Uhr, zwei Fraktionsversammlungen: für die Moskawiter in der Schulaula, Gertstraße 16. Referent: Genossin Meyer. Für diejenigen Genossen, die den Anschluß an Moskau glauben nicht vollziehen zu können, in der Schulaula, Rigaer Straße 81. Referent: Genosse Reitschlag.

Der Zerlegungsprozeß in der U.S.P. ist also schon so weit gediehen, daß beide Fraktionen nicht mehr gemeinsame Versammlungen abhalten. Was wohl die Moskawiter zu dem Leiden und nicht unberichtigten Spott der „Freiheit“ sagen werden?

Wo bleibt die Verfassung?

Vom Vorstande des Bundes entschiedener Schulreformer wird uns geschrieben: Nach Artikel 148 Absatz III der Verfassung soll jedem abgehenden Schüler ein Exemplar der Verfassung mitgegeben werden. Wo ist das bisher geschehen? Weshalb sorgen Reichsminister des Innern und Kultusminister nicht dafür, daß wenigstens in dieser Weise die Verfassung beachtet, bekannt und geachtet wird, weshalb drängen nicht alleinstehenden in Parlamenten und Gemeindevertretungen die verfassunggebenden Parteien darauf, daß auf diesem Wege staatsbürgerliche Aufklärung in die Massen, besonders der „Gebildeten“, getragen wird? Unsere ganze Hoffnung ruht doch in der Jugend!

Konflikt in Oppeln.

Oppeln, 24. September. (Telephon.) Das Gewerkschafts-faktell Oppeln wird sich heute in einer Sitzung mit der Erziehung des Arbeiters Franzek durch eine französische Militärperson beschäftigen. In Oppeln herrscht starke Erregung. Seit gestern durchziehen französische Patrouillen die Straßen. Wegen die Führer der Gewerkschaften und der politischen Parteien, die die Protestkundgebung gegen die Neutralitätsverletzung Oberloßens am 17. August in die Wege geleitet haben, u. a. auch gegen das Mitglied des Reichstags, Ehrhardt, ist ein Verfahren vor einem interalliierten Sondergericht im Gange.

Stück Mirandolina, worin die tüchtige brave Birnin dem umschwärmenden Aristokraten eine Nase dreht, den bärbeißigen, rauhen Verdichter ihre Macht und dann sieht ihn, um zum Schluß den ebenso tüchtigen Kellner zu heiraten. Gekünder bürgerlicher Geist, gemäßigter Fronde gegen den Adel geben die historische Situation der Entstehungszeit an. Man spielt das Stückchen immer, wenn man für die Birnin eine gute Beziehung hat. Die Duse, die Sorna, hat ihr ihre Feinheit und Anmut geliehen, jetzt heißt sie Elise Heimis, die vom Deutschen Theater herüberkommt. Sie gibt der Birnin einen Schwabacher und einen Stich in das holländische, derbere Sittenbild. Sie zeigt ihre ganze Liebeslegenheit im Spiel mit den Puppen und steckt mit ihrer immer munteren Laune das Publikum an. Die verschiedenen Typen des Reichs, des Armen und die des weiblichen Aristokraten waren durch die Herrin Riemann, Brandt, Salzner charakteristisch vertreten. Der Kellner war Ernst Brödel. Man unterhielt sich recht gut bei den Versen Goldonis.

Der Gemischte Chor Groß-Berlin (eine erst in diesem Jahre zusammengetretene Sängerschaft) gab am Dienstag in der Reuen Welt sein erstes Konzert, das dank der aufmerksamen Eingabe der Sänger sowie der sicheren umsichtigen Leitung des Chormeisters Hermann Scherwon mit Recht als ein Erfolg gelten kann. Der ganze romantische Zauber, der zart und dultig den Klängen vorgetragener Schöpfungen Schuberts, Schumanns, Böses und Hegars entströmte, kam voll zur Geltung; namentlich in Schuberts „Lindenbaum“. Außerdem brachte das Programm zwei russische Revolutionskompositionen vom Jahre 1905, von denen der „Rotgardienmarsch“ wohl kaum Begeisterung zu erwecken vermag.

Eine Ergänzung fand das Programm durch die Mitwirkung des Schubert-Quartetts. Bei dieser Gelegenheit möchten wir auf eine häufig auftretende Unsitte aufmerksam machen: den ständigen Weisfall bei mehrblättrigen Musikstücken. Die ganze Stimmung ging z. B. bei Beethovens Streichquartett verloren. Durch einen Hinweis auf Programmen ließe sich vielleicht allgemein vieler den Genuß beeinträchtigenden Unsitte fernern.

Schiller-Theater: Bettins Verlobung, von Leo Benz. Das langjährige Lustspiel, das in Berlin noch nicht gespielt ist, fand bei starker Aufführung im Schiller-Theater eine sehr freundliche Aufnahme. Der Autor konnte im Kreise der Darsteller wieder und wieder erscheinen. Das Stückchen, das im ersten Akt die Verlobung erregte, es möchte ganz in der konventionellen Familienblottart stehen bleiben, gewann im weiteren Fortgang und namentlich in seinem hübsch erfundenen Schlußakt individuelle Züge. Die alten Realisten sind in so geschickter Weise umgestellt, daß man mit Anteilnahme verfolgt, wie der Verfasser die kleine Richesman mit Anteilnahme verfolgt, wie der Verfasser die kleine Richesman, deren Ausweg in Resultat jeder Zuschauer voraussicht, doch unterhaltsam über einen Abend ausspannt. Sympathisch berührt die Einfachheit der Mittel, der Verzicht auf alles Herzerzerrn erredener Affekte, wie der Takt, mit welchem das Verhältnis des als verpatzten Werbers auftretenden Schwermüders zu dem bereits verlobten Mädchen und dessen Händelwecheln zu dem neuen Bund behandelt wird. Ein gedämpfter und auch warmer Gefühlston liegt da mit an; nach den Fritolitäten, mit denen man Komödien heute aufzuführen pflegt, berührt er uns so wohl-

Millerands Programm.

Paris, 24. September. Nach der Sitzung der Nationalversammlung übergab Justizminister Dupetit-Millerand die Urkunde seiner Ernennung zum Präsidenten der Republik und brachte ihm im Namen der Regierung seine Glückwünsche dar. Millerand antwortete u. a.:

Das freigelegte Frankreich muß seine Ruinen wieder aufbauen, es muß seine Wunden verbinden, und um dies zu erreichen, muß es die vollständige Durchführung aller auf der Grundlage des Versailler Friedensvertrages ihm gegenüber eingegangenen Verpflichtungen erfüllen. Eine neue Parole ist ins Leben gerufen worden, die französische Demokratie muß im Einvernehmen mit ihren Alliierten über den Fortbestand und ihre weitere Entwicklung wachen. Der Präsident der Republik hat die besondere Aufgabe, unter Mitwirkung der Minister und der Präsidenten der Kammern die Fortsetzung einer Außenpolitik zu sichern, die unseren Siegen und unserer Tapferkeit würdig ist.

Die Rede Millerands wurde mit lang anhaltendem Beifall aufgenommen. Darauf begab sich der neue Präsident ins Elysée, wo ihm der Justizminister das Ratschreibenscheibens des Kabinetts überreichte. In einigen bewegten Worten dankte Dupetit-Millerand dem gewählten Ministerpräsidenten für das große Vertrauen, das er seit der Bildung des Kabinetts dessen Mitgliedern entgegengebracht habe. Hierauf schickte Millerand den Präsidenten der Kammer und des Senats einen Besuch ab und empfing die Vorsitzenden der verschiedenen Parlamentsgruppen. Er erklärte ihnen, daß er zur Fortsetzung des unternommenen Werkes darauf zähle, mit den Mitgliedern des Parlaments in enger Fühlung zu bleiben.

Hue über Kohlenversorgung und Preisabbau

Büch, 24. September. (Tel.) Reichstagsabgeordneter Otto Hue aus Essen hielt gestern hier auf Einladung der deutschen Handelskammer in der Schweiz vor einer sehr großen, teils schweizerischen, teils deutschen Hörerschaft einen eindrucksvollen Vortrag über die Kohlenversorgung und besonderer Berücksichtigung der Schweiz. Hue warnte u. a. davor, auf die Kohlenzufuhr aus Amerika, mit der die Schweiz gegenwärtig rechnen müsse, zu große Hoffnungen zu setzen. Es müsse im Interesse der europäischen Kohlenförderung auf alle Fälle vermieden werden, militärische Unruhe in das Ruhrgebiet und nach Ostschlesien hineinzutragen. Deutschland wird sich ehlich bemühen, seine Verpflichtungen zu erfüllen, um auch die neutralen Staaten entsprechend den abgeschlossenen Verträgen zu versorgen. Aber Deutschland sei nicht Herr seiner Kohle, da jede Tonne von der Entente kontrolliert wird. Die Entente müsse im eigenen Interesse Vernunft und Menschlichkeit walten lassen. Unter dem Druck von Versailles und Spa kann der deutsche Bergarbeiter unmöglich arbeiten. Es müsse Bemühung dafür geschaffen werden, daß nichts Menschennur mögliches von den deutschen Arbeitern verlangt wird. Dann werden sie es an ihrer Bereitwilligkeit nicht fehlen lassen. Hue vertrat den Standpunkt, daß der Abbau der Preise beiden Kohlen beginnen müsse. An den Vortrag schloß sich ein von der deutschen Handelskammer gegebenes Essen, auf dem Syndikus Wirtz besonders die Schweizer Gäste begrüßte. Er betonte, daß die Schweiz und Deutschland sich gegenseitig ergänzen und aufeinander angewiesen seien. Derksen-Wedel betonte, daß für eine gesunde Entwicklung des Bergbauwesens der retardierenden Elemente in den umliegenden Vertriebswegen Deutschlands besonders wünschenswert wäre.

Ausweisung.

Der Redakteur des kommunistischen „Volkstrotz“ in Auffig a. d. E., ein Reichsdeutscher namens Franke, wurde von Beamten der Prager Staatspolizei um 2 Uhr morgens aus seiner Wohnung geholt und in einem Auto über die nahe Grenze nach Sachsen geschafft, wo er freigelassen wurde. Derartige Verfolgungen sind natürlich nicht geeignet, die kommunistische Agitation in Deutschböhmen zu schwächen.

tuer. Die Hauptfigur, die Alfred Braun vorzüglich herausbrachte, steht, wenn auch auf Kadenschwärmereien zugeschnitten, von dem sonst in diesem Rollenstücke hergebrachten Typus doch recht erheblich ab. Die selbstgefällige Eitelkeitsmanier des Salonliven liegt diesem im Grunde tiefen und liebenswürdigen Puristen durchaus fern. Auch der entthronte Bräutigam und die Püperie, mit der er von dem überlegenen Rivalen, den er für seinen besten Freund hält, heimgeschickt wird, sind so gewendet, daß sich nichts Peinliches in das Gefühl der heiteren Schauderfreude mischt. Dieser korrekt diplomatische Streiber erhielt durch Herrn Dietrich von Oppen eine charakteristische Verkörperung. Anneliese Wärs gab eine muntere und lustige Vittina. Auch die Nebenrollen waren durchgehend gut besetzt.

Der Roman einer Frau. Das Trianontheater hat jetzt Sohar Schmidts so bestellten Schwanke (der früher anders hieß) in den Spielplan gesetzt. Eins von den Stücken, die alles, was sie sind und geben, aus dem Revier der ehelichen Seitenstränge holen. Eine Frau, die dies Revier liebt, schreibt einen Roman, hat Erfolg, hält ihre Autorschaft geheim, und als das führt eines Tages in ihrem Kreise zu der Annahme, das Bankguthaben, das ihr aus dem Romanhonoraren erwachsen ist, sei auf den absonderlichen Wegen jenes Reviers erworben. Mit allerlei in manchem sehr heiter dargestellter Komik wird dieser Verbum erzeugt und wieder erledigt. Ohne tüchtige Spieler oder diese das Stück ein Nichts. Das Trianontheater konnte mehrere solche Kräfte emfehlen. Vor allem Ida Wüst und Rosa Valenti. Vollblut lebensvoller Komik die beiden: ihre Rollen federten vor Lustigkeit. Für den ahnungslosen Gatten der Romanautorin fand Julius Falkenstein eine in eilichen Situationen späßig wirkende Form. An Weisfall schloß es nicht. Es gibt eben ein Publikum, dem all das, was ein Stück wie dieses bietet, ausnehmend gefällt.

Das neue Drama Ernst Tollers, „Waise Renich“, welches bisher von der Genur verboten war, ist, wie uns der Verlag Gulland Ripendauer mitteilt, nunmehr freigegeben worden. Es wird noch in dieser Spielzeit an mehreren großen Bühnen zur gleichzeitigen Uraufführung kommen.

Gilda Wagner, durch die Reitation der „Berler“ des Nihilos im Westfalen bekannt, wird am 9. Oktober im Theateraal das Repertorium „Der Tod Adams“ des Österreichischen Vorters Franz Spund a frei aus dem Gedächtnis sprechen.

Walter von Dolo hat sein neuestes Schauspiel „Die helle Nacht“ zur Berliner Uraufführung dem neu gegründeten Theater in der Gartenbergstraße überlassen.

Die neu gegründete Halleische Volkstheater zählt bereits 4000 Mitglieder.

Friedrich Gundolf über Stefan George. Friedrich Gundolf von der Heidelberger Universität, der kürzlich eine Vorlesung an die Berliner Universität als Nachfolger Erich Schmidts abgab, vertritt demnach bei Georg Brandt eine erste zusammenfassende Gesamtdarstellung vom Wert und Wesen Stefan Georges. Gundolf gehört zum Kreise dieses Dichters.

Reif Langer eröffnet ihre diesjährigen Vortragsabende mit zwei Heinz-Abenden in der Berliner Gesellschaft am 4. und 7. Oktober.

Ginkels in Leiden. Die holländische Regierung genehmigte die Ernennung von Prof. Dr. Ginkels zum außerordentlichen Professor der Naturwissenschaften an der Universität in Leiden.

Herbstsonntag an der Oder.

Von Artur Zidler.

Ein goldener Sonntag. Wohlgeant zischt die Wecklauer Trompeten durch die Manken Strophen, die heute kein Wecklauer erfüllt. Die Arbeiter, die mit ihren Frauen und Kindern die Bürgerstige entlanggehen, haben einen anderen Schritt und freudigere Augen als in der Wecklauerstube, haben weniger Haß, weniger Sorgen und sind ausgerollt. Der Wind, der durch den schalenkernden Anhänger streicht, wird fühlbarer, je weiter wir ins Außenland kommen. Eine Oberbrücke. Still hängen Kranzletten über dem tadelnden Wasser. Raubentelamen. Endstation. Bauernfrauen mit Obstkörben. Drechorgelgeländ: Luftschaukeln, Karussells, Burghüden, Ringelschoden, Würfelbuden und Luftkreier. „Die allein echte Wan-Eis-Schokolade.“ — „So ein Dosenbrüder kostet im Laden alleine seine 40 Pf. Bei mir ... Ihr wollt nicht? Schlacht ich ein Nagel ins Kreisel!“ Ich steigt in die Gondel einer Schokolade. Das „Mädchen von flamschen Blut“ quengelt aus dem Drechorgel. Alles hebt und senkt sich: Blonde Kinderköpfe, Mädchenbüschen, grüne Wiesen, waldige Fette und die müde, helle Herbstsonne auch ...

Dahinter bleibt der Trubel. Eine Kormallee. Weidenbüsche drücken am Stromufer. An der Wecklauer liegt ein Aller, den bloßen Kopf von dünnen, weißen, letzten Haaren überzogen, und drückt einen winzigen Leierkasten, so groß wie eine Kaffeemühle. Ein altes Pennuelt, das sich selbst schon halb vergessen hat, quält sich in den Wind. Aller, welche Straßen der Welt bist du einmal, so jung wie ich, gegangen, und an welchem Kreuzweg verwirrt einmal mein Lebensstet? ...

Zwischen den Weiden. Ein Boot mit Jungmenschenfrucht treibt langsam die Oder hinunter. Einer spielt ein altes Wanderlied auf der Trompete. Man hört die Klänge in die fernen Wälder gehen. Vorbei ... Es duftet Herbst. Aus dem Heu, der Erde, den Wäldern, der Luft. An so einem Tage hat Feine vor so einem Lichte gefanden: Sonne, du flugende Flamme! Die Birken hängen tief wie die Weiden, in rotem leuchtenden Laub. Der Mond, bläß wie ein Traum, wartet auf die Dämmerung, ein Vogel fliehet wo, ein Pfeifeln kommt von den Niederungen. Der Strom gleitet leicht dahin.

Bald umfängt mich die abendliche Schönheit der fremden Stadt.

Die Mirandolina von Goldoni. Im Theater an der Königgräber Straße ist ein liebenswürdig-leitendes Lustspiel des venezianischen Bühnenreformers, den man etwas übertrieben den holländischen Molliere des 18. Jahrhunderts genannt hat, wieder aufgeführt worden und hat nicht immer den verdienten Beifall gefunden. Es ist ein rollosmäßig tadelndes, nettes, gut gebautes

Groß-Berlin

Pläne gegen das „rote Berlin.“

Die Deutschnationalen, die Volksparteier und das Zentrum weitestgehend anscheinend um den Ruhm, mit den besten und radikalsten Vorschlägen das gegenwärtige Berlin unendlich zu machen. Sie werden davon sehr überzeugt sein, nachdem die Magistratswahlen unter Nichtbeteiligung der Bürgerlichen erledigt sind, ihre Anstrengungen verdoppeln. Die Deutschnationalen beantragen als Gegner des Gesetzes überhaupt, Vertagung des Gesetzes auf unbestimmte Zeit, die Volksparteier neben anderem Sinauschiebung bis zum 1. Oktober 1921, und das Zentrum hatte bekanntlich die Forderung gestellt, daß unter den 30 Magistratsmitgliedern 12 unbedingte sein müssen und daß die erstmalige Ernennung der Bürgermeister der Bezirke durch den Berliner Magistrat wegfällt. Am 22. September brachte es in der preussischen Landesversammlung plötzlich noch den Antrag ein, der einen Ausschuss von 20 Mitgliedern mit der Ausarbeitung von Abänderungsvorschlägen binnen acht Wochen betrauen und bis zum 1. April 1921 jede finanzielle Ausgabe und jede Wahl eines Beamten an die Genehmigung eines zwölfgliedrigen Finanzausschusses knüpfen will.

Alle Vorschläge laufen also auf eine möglichst lange Verschleppung des neuen Berlin und eine völlige Festlegung der gesamten Verwaltung hinaus. Wohin das in der Praxis führen würde, ist unsicher zu erkennen. Offenbar ist den Urhebern des Antrags nicht zum Bewußtsein gekommen, daß sich auch nicht eine der Groß-Berliner Gemeinden eine derartig unwürdige, die ganze Verwaltung hemmende Bevormundung durch einen Finanzausschuss gefallen lassen würde.

Das „Berliner Tageblatt“ betont bereits in seiner Morgenausgabe vom 23. September, daß der Ausschuss der preussischen Landesversammlung, welchem die sämtlichen Anträge überwiesen wurden, vor einer schweren Aufgabe nicht nur der Stadtpolitik, sondern der Staatspolitik gestellt sei. Eine glückliche Lösung hänge in der Hauptsache von der Haltung der Demokraten ab.

Das Gesetz könne zwar ohne die Sozialdemokraten gemacht werden, allein Aufgabe der Demokraten sei es, dafür zu sorgen, daß das neue Gesetz mit der Sozialdemokratischen Partei zustande komme, deren Redner sich bereit erklärt habe, im Ausschuss mitzuarbeiten, damit alle Parteien zu ihrem Rechte kämen.

Wir müssen es unserer Fraktion in der preussischen Landesversammlung überlassen, inwiefern sie den bürgerlichen Abänderungsvorschlägen des Gesetzes Groß-Berlin Folge zu geben geneigt ist. Daß die bürgerlichen Parteien mehr erreichen wollen als eine beschränkte Anteilnahme im neuen Berliner Magistrat, ist ohne Zweifel. Denn wenn man auch nur dem Gesetz der demokratischen Wortführer in der preussischen Landesversammlung über die Unfähigkeit fast aller Neugewählten Glauben schenken sollte, so würden die vor den Augen der Bürgerlichen Gnade findenden sozialistischen Magistratsmitglieder außerordentlich gering sein. Welche Maßnahmen die preussische Landesversammlung gegen den verhassten neugewählten Magistrat unternehmen wird, bleibt abzuwarten. Zunächst macht die bürgerliche Presse die Regierung scharf, die am Donnerstag vorgenommene Wahl nicht zu bestätigen.

Die Zeiten von ehemals, in denen das Wort *Nichtheiligung* in der Arbeiterklasse höchste Ehrerbietung auslöste, soll zwei Jahre nach der Revolution ihre Auferstehung feiern. Regierungspräsident und Minister des Innern sollen zu willfährigen Mitteln enghirniger Bureaukraten herabgewürdigt werden.

Noch können wir es nicht glauben, daß der Gang der Entwicklung halt machen soll lediglich deshalb, weil eine bestimmte, bisher bedruckte Bevölkerungsschicht sich mit der Zeit nicht abzufinden vermag.

Der Raubmord in der Linienstraße.

Aussagen über den mutmaßlichen Täter.

Das neue Kapitalverbrechen beschäftigte die Kriminalpolizei die ganze Nacht hindurch. Die ersten Ermittlungen ergaben sich darauf, Personen ausfindig zu machen, die die Lebensgewohnheiten des ermordeten Kaufmanns Engelmann und seinen Verleht kannten, sowie auf solche, die am gestrigen Nachmittag irgend etwas Verdächtiges wahrgenommen haben. So wurde festgestellt, daß Engelmann mittags gegen 1 Uhr zum letzten Male gesehen worden ist. Eine Frau beobachtete ihn um diese Zeit, als er sich an seinen Blumen vor den Fenstern zu schaffen machte. Einen wertvollen Fingerzeig für die weiteren Nachforschungen der Kriminalpolizei ergibt die Beobachtung einer gegenüber wohnenden Geschäftsfrau. Die Frau sah, als sie um 4 1/2 Uhr vor der Tür ihres Ladens stand, aus dem Hause Linienstraße 73, in dem das Verbrechen begangen worden ist, einen Mann von etwa 28 bis 30 Jahren treten, der einen sehr verstörten Eindruck machte. Gerade sein unfidèles Wesen fesselte die Aufmerksamkeit der Frau. Der Fremde sah sich zunächst nach allen Seiten um und ging dann raschen Schrittes in der Richtung nach dem Rosenthaler Tor zu davon. Unter dem Arm trug er ein kleines Paket. Es ist leicht möglich, daß es der Täter mit seiner Beute war. Dieser Mann, der jetzt von der Kriminalpolizei eifrig gesucht wird, ist mittelgroß, hat einen kurzgeschornen Schnurrbart und trug einen hellen Mantel und einen hellen, weichen Hut.

Der Kampf, den der Mörder mit seinem Opfer geführt hat, muß sehr heftig gewesen sein. Unter der Leiche lag auch noch ein Hammerstück. Verletzungen am Hinterkopf lassen darauf schließen, daß der Mörder dem Siebzehnjährigen zunächst einen Schlag mit einem Hammer auf den Kopf versetzt hat, bei dem der Hammer sich vom Stiele löste. Das Messer, mit dem er dem alten Mann, der trotz seiner Jahre noch sehr rüchig war und einen viel jüngeren Eindruck machte, die Kehle glatt durchschnitten hat, war ein Schustermesser, das ebenfalls neben der Leiche liegend aufgefunden wurde. Der Hinterkopf des Ermordeten war sehr groß. Auch der Täter muß sich stark mit Blut besudelt haben. Die Hände hat er sich im Zimmer gewaschen und an einem Handtuch abgetrocknet, das gleichfalls stark mit Blut besudelt war und auf der Erde lag.

Die Beute des Raubmörders steht noch nicht genau fest. Dieser hat nicht nur alle Hüften und Schuttladen durchwühlt und eine Kaffeekeule geleert, sondern auch, wie die offenkundige Beute erkennen ließ, die Kleidungsstücke durchsucht. Die Uhr hat er seinem Opfer von der Kette gelöst. Die Taschen enthielten weder ein Portemonnaie noch eine Brieftasche. Nachdem die Leiche durch den Gerichtsarzt untersucht und durch den Erkundungsdiener photographisch aufgenommen worden war, wurde sie nach dem Schaulauf gebracht. In einer amtlichen Bekanntmachung, die heute an den Anschlagssäulen erschienen wird, steht die Kriminalpolizei auf die Ergreifung des Täters eine Belohnung von 5000 M. Alle Personen, die irgendwelche sachdienliche Mitteilungen machen können, werden ersucht, sich im Zimmer 52 bei der Kommissionskammer Engelmann zu melden.

Der kleine Kapp in der Privatschule.

Die größte Privatschule in Groß-Berlin ist die von G. Dörmstedt mit zwei Vorklassen. Sie hat 855 Schüler. Der Direktor erzielt nach eigenem Zugeständnis einen Er-

Die K. O. vor Gericht.

Zum Beginn der heutigen Verhandlung gegen die Weihenfeer-Kommunisten verliest der Vorsitzende ein Schreiben des den Angeklagten Krüger behandelnden Arztes aus dem Wichow-Krankenhaus. Der Arzt legt gegen die Ingelange Vernehmung und Abwesenheit Krügers aus dem Krankenhaus Vernehmung ein und erklärt, daß der Heilungsprozeß des Patienten, der immer noch Fieber habe, durch die händliche seelische Erregung beeinträchtigt werde. — Landgerichtsdirektor Ernst stellt ausdrücklich fest, daß er nach der Vernehmung Krügers diesen gefragt habe, ob er nicht in das Krankenhaus zurückgebracht werden wolle. Der Angeklagte wünschte jedoch ausdrücklich der ganzen Verhandlung beizuwohnen. — Der Sachverständige Geh. Medizinalrat Leppmann bestätigt, daß die Aufregung im Gerichtsfoal dem Kranken nicht zuträglich sei und der Angeklagte willigt schließlich ein, ins Krankenhaus zurückzuführen.

Hierauf wird in de.

Vernehmung der letzten Angeklagten

fortgefahren. Die Angeklagten Wedow, Dochow und Jakob bestritten, irgend etwas von einer Kampforganisation zu wissen. — Der nächste Angeklagte Ernst Franz, der Mitglied der K. O. ist, gibt zu, die Kampforganisation vom Hörensagen zu kennen. Er selbst habe einer Sportvereinigung angehört. — In diesem Augenblick erklärt Rechtsanwalt Lamp: „Der Angeklagte hat schon einmal gesagt — Vors., unterbrechend: Das habe ich alles auch gehört, was Sie sagen wollen.“ — Rechtsanwalt Lamp: Sie haben ihn aber nicht verstanden. — Vors.: Ich weiß Ihre Kritik zurück und bitte, nicht zu unterbrechen. Der Angeklagte Krüger hat selbst zu Protokoll gegeben, daß der Angeklagte Ernst Franz bei der K. O. Soldat, Franz sen. dagegen Stadtschreiber war. — Angekl. Krüger: Als ich das sagte, war ich nicht bei Vernehmung.

Es folgt dann die Vernehmung des Angekl. Michaelis, der von fast allen Verhafteten als der Hauptstürmer bezeichnet wurde. Er sagt aus: Als ich aus der Kriegsgefangenschaft zurückkam und die Verhältnisse in Berlin sah, kam ich bald zu einer anderen Ueberzeugung, als zu Anfang des Krieges, als ich mich freiwillig ins Feld gemeldet hatte. Die Wirtschaftskrise machte meiner Ertübnis als Kaufmann ein Ende, meine politische Auffassung stand der der Kommunisten ziemlich nahe. Während des Kapp-Putsch besam ich in Weihenfeer Ansehlich an revolutionäre Arbeiterkreise und trat damals der sogenannten „Roten Armee“ bei. Als diese dann als solche aufgehört hatte, schloß sich eine Anzahl revolutionärer Arbeiter, die mit der Haltung der Regierung unzufrieden waren, enger zusammen, um Maßnahmen zu treffen, um einen zweiten Kapp-Putsch zu verhindern. Diese Vereinigung wurde dann als Sportverein in die K. O. aufgenommen, um dadurch den Arbeiterkreisen näher zu kommen, die bisher bürgerlichen Sportvereinen angehört. Der Sportverein hatte als Aufgabe die körperliche Erleichterung der Arbeiterjugend, die Hebung des proletarischen Standesgefühls und schließlich auch die

Verhütung reaktionärer Putsch.

Da die Entwicklung des Sportklubs in einer mir nicht angenehmen Weise erfolgte, zog ich mit in einen internen Freundeskreis von 70 bis 80 Genossen zurück. Dieser Zirkel machte es sich zur besonderen Aufgabe, reaktionäre Bestrebungen abzuwehren, sowie das Spitzelwesen, wie es sich in der Magdeburger Zentrale und in der Antifaschistischen Liga gezeigt hatte, auszudehnen. In Weihenfeer selbst konnte ich feststellen, daß sich die Einwohnerwehr wieder zusammengeschlossen hatte und auch mit einem Schützklub „Bismarck“ in Verbindung stand. Ich wußte ferner, daß diese Kreise ein Waffenlager in der Missionstraße an der Grelstraße besaßen. Ich setzte mich mit meinen Genossen in Verbindung und teilte ihnen mit, daß in der Missionstraße fünf Reichsinnegewehre, 10 Gewehre und einige hundert Handgranaten lagerten, die der Einwohnerwehr gehörten, und daß diese Organisation ebenso wie die „Orgele“ bereits unter Alarm stehe. Es wurde beschlossen, in der Nacht vom 19. zum 20. in die Missionstraße einzudringen und die dort lagernden Waffen unbrauchbar zu machen. Damit wir bei diesem Unternehmen nicht durch die anderen Vorbenutzer gestört würden, bat ich meine Genossen um Einrichtung eines umfangreichen Ueberwachungsnetzes auf dem Laubengelände.

Als wir um 1/2 12 Uhr nachts in die Laube eindrangen, fielen plötzlich Schüsse. Im nächsten Augenblick kam einer meiner Genossen und sagte uns: „Macht, daß Ihr fortkommt, die Sicherheitspolizei ist hier!“ Ich ging darauf nach Weihenfeer zurück, wo ich am Anschlag den Genossen Kall traf, der ganz verstört war und mir weinend erzählte, daß ein Sicherheitsbeamter bei der Schierei-

triebsüberprüfung von 60000 M. jährlich, in Wirklichkeit natürlich viel mehr. Das ist ihm zu wenig. So benutzt er eine Forderung der Lehrer nach Gehaltsaufbesserung dazu, die Gehälter um 20 Proz., das Schulgeld für die meisten Kinder um 60 1/2 Proz. zu erhöhen. Aber damit sind die Eltern nicht zufrieden. Auf Antrag des Elternbeirats beschließt eine allgemeine Elternversammlung, nur soviel zu zahlen, als für die Gehaltsaufbesserung der Lehrerschaft erforderlich ist. Ein jüngerer Kopf, wie der Herr Direktor dieser Privatschule, weiß sich aber zu helfen. Zwei Vätern, die sich gegen die Forderung des Direktors ausgesprochen haben, wird das Schulverhältnis ihrer Söhne gelündigt, d. h. sie werden aus der Schule entfernt. Damit müssen die Väter aus dem Elternbeirat ausscheiden. Aber noch immer gibt sich dieser nicht zufrieden; er beschwert sich. Auch das Lehrerkollegium verlangt die Zurücknahme der rechtswidrigen Maßregelung der Kinder. Jetzt zeigt sich erst der Direktor in seiner ganzen Größe. Er beruft eine Versammlung besonders geladener Eltern, die dem Elternbeirat ihr Mißtrauen und dem Lehrerkollegium ihre Mißbilligung ausdrückt (mit 68 bzw. 63 Unterschriften). Daraufhin entläßt der Direktor den Obmann des widerpenstigen Lehrerkollegiums ohne Kündigungskost und ohne Gehaltszahlung und trifft Vorkehrungen zur Rekrutierung eines anderen Elternbeirats an Stelle des „aufgelösten“. Der Mann ist noch immer im Besitz seiner Konzeption und erzieht die Kinder auch weiterhin zur Gottesfurcht und zum Gehorsam gegen die Gesetze! So geschah im Jahr September 1920, zwei Jahre nach der Revolution, unter dem Ministerium des Genossen Harnisch.

Die Waffensublieferung. In den Tagen vom 15. bis 21. September wurden in Groß-Berlin abgeliefert rund 14 000 Gewehre und Karabiner, 1500 Revolver und Pistolen, 170 Maschinengewehre und Maschinepistolen, 2 Geschütze, 428 000 Schußkleinmunition, 4700 Handgranaten, eine große Anzahl Waffenteile, darunter 3 Geschützrohre. Im Reich ist das Bild im allgemeinen nicht unähnlich. Auch in Bayern wird abgeliefert.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Vorkaufgabe bei.

Landw. Für die Hörer der Volkshochschulkurse findet am Sonnabend, 8 Uhr, in der Aula der Mäckerstraße (Kastellstraße) ein Vortrag über „Kunst und Arbeiterschaft“ statt. Referentin: Frau Müller-Cestreich. Anschließend Vespersprache über Festsetzung der in der Ausstellungshallen des Neuen Palais stattfindenden Ausstellung: „Schmad im Alltag“. Vortrag und Besichtigung der Ausstellung unentgeltlich. Gäste willkommen.

Das Reichsministerium teilt uns zu der Potsdamer Filmgeschichte mit, daß der Oberleutnant Katuschka lediglich im Auftrage seiner dienstlichen Vorgesetzten gehandelt habe,

verwundet worden sei. — Vors.: Es liegen nun Aussagen vor, welche bezeugen, daß Sie für das Unternehmen eine vollkommen militärische Einleitung vorgenommen hätten. — Angekl.: Das bestritte ich auf das entschiedenste. — Vors.: Wie kam es denn nun, daß überhaupt geschossen wurde, daß ein Beamter getötet wurde? Sollen das denn fremde Menschen gewesen sein? — Angekl.: Das nehme ich an. — Vors.: Die Schüsse kamen aber aus der Richtung, wo Ihre Leute standen. — Angekl.: Das waren

wahrscheinlich Spitzel von der „Orgele“

die sich bei uns eingeschlichen hatten.“ — Rechtsanwalt Dr. Bönhelm: Ein Spitzel, namens Reuter, ist hier ja schon genannt worden. — Angekl.: Reuter war wegen Unterschlagungen aus der Partei herausgeworfen worden. Zur Zeit des Vorfalls in der Grelstraße gehörte er nicht mehr zur Partei. — Vors.: Sie haben bei Ihren ersten Vernehmungen abgelehnt, Namen zu nennen. — Angekl.: Jawohl, und zwar deshalb, weil ich befürchtete, daß darauf mehr Leute verhaftet werden würden. Man hört in letzter Zeit aber soviel von kommunistischen Selbstmorden, die den anderen Genossen vollkommen unerklärlich sind, daß ich mich in acht nehmen werde, einen Namen zu nennen. Mir war von sicheren Gewährsmännern mitgeteilt worden, daß Besprechungen zwischen der Reichswehr, Major Kaupisch für die Sicherheitspolizei und den Linksparteien über die Verhinderung eines neuen Kapp-Putsch abgehalten worden seien. So glaubte ich in diesem Sinne zu handeln.

Im Anschluß an diese Aussagen kommt es wieder zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen Rechtsanwalt Lamp und dem Vorsitzenden. — Rechtsanwalt Lamp: Ich muß leider feststellen, daß das Gericht gegenüber solchen Reklamationen taub ist. — Vors.: Diese Reklamation verbitte ich mir. Das Gericht sucht nur die Wahrheit. — Rechtsanwalt Lamp: Wenn das Gericht allein die Wahrheit suchen will ohne die Verteidiger, so nenne ich das Eitelkeit des Gerichtes. — Vors.: Das verbitte ich mir. — Rechtsanwalt Lamp: Meine Tätigkeit ist die Kritik des Gerichtes. — Vors.: So sollen Sie also Ihre Tätigkeit auf?

Der letzte Angeklagte Coall, dem vorgeworfen wird, den Angeklagten General am 19. August zu dem Gastwirt Träger bestellt zu haben, bestritt jede Schuld.

Nach einer kurzen Pause gibt Justizrat Viktor Frankl folgende Erklärung

ab: Es ist mir mitgeteilt worden, daß sich im Zuhörerraum Personen befinden, die sich Notizen machen, dann herausgehen und den als Zeugen geladenen Polizeibeamten die Notizen übergeben. Es handelt sich anscheinend um Polizeibeamte, und zwar offenbar um Agenten der politischen Polizei, also Spitzel. Ich erhebe öffentlichen Protest über dieses eigenartige Benehmen.

Diese Erklärung ruft eine allgemeine Unruhe und Aufregung hervor, im Zuhörerraum erheben sich mehrere Personen, rufen dem Gericht verschiedene Worte zu, die Verteidiger sprechen lebhaft gestikulierend durcheinander bis ein lautes „Halt“ des Vorsitzenden dem Lärmabzug ein Ende bereitet. Auf Ersuchen des Vorsitzenden treten mehrere Personen aus dem Zuhörerraum vor den Gerichtstisch und bekunden, daß tatsächlich mehrere Personen im Zuhörerraum sich Notizen gemacht haben. Herren, welche sich solche Notizen gemacht haben, werden näher bezeichnet und müssen ebenfalls nach vorn treten. Der eine „Spitzel“ entpuppt sich als der Bundessekretär des Republikanischen Führerbundes, der aus Interesse zur Sache der Verhandlung beizwohnt. Der zweite Herr ist ein Leutnant der Reichswehr, der erklärt, daß er sich überhaupt keine Notizen gemacht hat. Die „Zeugen“, die dies bestritten sollten, erklären jedoch, daß sie es nicht bestimmt sagen könnten, daß der Leutnant sich Notizen gemacht habe.

Müller, welcher Ohrzeugen des Gesprächs mit dem Major der Sicherheitspolizei gestern an den Weihenfeer, Major Schewe, herangetragen sei und geäußert habe: „Der Liebs ist nun umgefallen, um seine Genossen nicht hineinzuwerfen“. Dies stelle eine völlig unzulässige Beeinflussung eines Mitgliedes des Gerichtes dar. Major Schewe äußert sich sofort dienstlich dazu und erklärt, daß eine derartige oder ähnliche Äußerung überhaupt nicht gefallen ist.

Auch der anwesende Hauptmann der Sicherheitspolizei, Müller, welcher Ohrzeugen des Gesprächs mit dem Major Schewe war, erklärt, daß es sich lediglich um die Uebersetzung des Protokolls über die Anschuldigungen gegen die Sicherheitsbeamten an den Vorstehenden gehandelt habe. Eine derartige Äußerung sei nicht gefallen.

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

Eine Einmischung der früheren Kronprinzessin sei in keiner Weise vorgekommen.

Damit ist natürlich durchaus nicht hargesezt, aus welchem Grunde die plötzliche Zurückziehung der erteilten Erlaubnis erfolgte, daß Soldaten an der Filmaufnahme teilnehmen dürfen.

Feuer im Straßengelände Weihenfeer. In der letzten Nacht wurde die Berliner Feuerwehr nach dem Gefängnis Weihenfeer alarmiert. Es brannte dort auf dem Gelände der ausgedehnten Strafanstalt ein langer Schuppen, in dem Fleischerschiffe lagerten und eine Werkstätte für solche Verschlässe mit der Werkstätte für die Fleischdrennerlei in großer Ausdehnung. Der Löscharbeit griff sofort mit vier Schlauchleitungen von der Hausleitung wirksam an. Das Dach ist abgebrannt und die Inneneinrichtung stark beschädigt. Der Schaden soll erheblich sein. Die Entstehungsurache war nicht mehr zu ermitteln. Die Gefahr wurde erst um 2 1/2 Uhr nachts, als die Flammen schon hell aus dem Dache emporloderten, beseitigt.

Beim Auffpringen schwer verunglückt. Durch Auffpringen auf einen in Fahrt befindlichen Zug hat sich heute früh auf der Station Straßau-Rummelsburg wieder ein bedauerlicher Unglücksfall ereignet. Ein Arbeiter wollte den bereits fahrenden Eisenbahnzug noch benutzen und geriet durch Festhalten zwischen das obere und untere Trittbrett. Eisenbahnbeamte sagten sofort Teile der Trittbretter ab. Der Verunglückte lag aber so unglücklich dah, daß noch Eisenstücke entfernt werden mußten. Ob der Mann mit dem Leben davonkommen wird, muß erst die ärztliche Untersuchung feststellen. Der Verletzte ist um diese Zeit ein sehr starker, was bedingte, daß die Jahrgabe teilweise auf den Trittbrettern, zwischen den Wagen und sogar auf den Lokomotiven standen. Das da nicht mehr passiert, ist zu bezaubern. Es kann nicht oft genug die Warnung wiederholt werden: Auf- und Abpringen während der Fahrt zu unterlassen.

Vor allem hätte aber die Eisenbahnverwaltung die Pflicht, bereits in den Morgenstunden so vielzüge einzustellen, daß eine Ueberfüllung vermieden wird. Denn zum Vergnügen fährt wohl niemand auf den Trittbrettern spazieren.

Sport.

Richtberger Schwimmklub „Nepos 1891“. Am Sonntag, den 26. September, Vereinspartie nach dem Strichsee, Treffpunkt 7.00 Uhr, Stralau-Rummelsburg, Pahnkestr. E. Abfahrts bis Orther Hofen, Treffpunkt für Radfahrer im Heidehof Hofenbunde bis 10.30 Uhr. — Montag, den 27. September, 8 Uhr abends, Funktionäerversammlung im Restaurant „Wilhelmsburg“, Richtberger, Wilhelmstr. 1. Erhalten aller Funktionäre Pflicht.

